

ich, was brauche ich und wo setze ich an. Oder anders gefragt: Wie werden Ressourcen und Strukturen verwendet und wem nutzen sie.

In Österreich stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung. Der Gender Aspekt ist zwar ein Thema des Österreich-Konvent gewesen, der sich in allen zehn Ausschüssen mit frauenrelevanten Themen auseinander gesetzt hat. Auf Bundesebene sind bisher aber lediglich punktuelle Analysen durchgeführt worden – etwa zur Geschlechtergerechtigkeit des Steuersystems. Doch die entscheidenden Rückschlüsse und Maßnahmen sind bisher ausgeblieben, weil sowohl eine Gesamtstrategie als auch eine verpflichtende gesetzliche Verankerung fehlen. Aber genau dieser politische Wille wäre als Auftrag an die Politik notwendig.

Vorbildlich in der Umsetzung von Gender Budgeting ist lediglich Wien. Hier wurden im Budgetvorschlag 2006 alle Budgetansätze auf ihre Geschlechterrelevanz hin überprüft. Wien spielt hier auch international eine Vorreiterrolle.

Wenn auch die Einbeziehung des Gender-Aspekts auf kommunaler Ebene am markantesten spürbar ist und auf europäischer Ebene durch konkrete Vorgaben Druck auf die Mitgliedsstaaten ausgeübt werden kann, Gender Mainstreaming zu implementieren, ist die Herstellung und Wahrung der Geschlechterparität doch eine unabdingbare Aufgabe der Nationalstaaten.

Das bedeutet: Die Verpflichtung zur Geschlechtergleichstellung und Frauenförderung, ist das Recht jeder Frau auf Gleichstellung und Frauenförderung sowie ein dazu geeigneter Rechtsschutz müssen im Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung ausgebaut werden. Nur so können das Recht auf faire Verfahren, die politische Partizipation der Frauen in allen staatlichen Organisationen, die bessere Nutzung der Ressourcen sowie die gerechtere zur Verfügung Stellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen entsprechend den echten Bedürfnissen von Männern und Frauen verbessert werden.

Gender Mainstreaming ist kein Ersatz für Frauenpolitik sondern bedeutet deren Weiterführung. Einen Weg zurück gibt es nicht – die Frage ist nur, wie schnell kommen wir weiter.

6.6 Contribution of Eva Lichtenberger

Grundsätzliches:

- Gender Budgeting ist im Grunde die Umsetzung eines Grundrechtes und wichtig, weil kein Budget neutral sein kann.
- Daneben ist GB eine Methode, die mehr Transparenz gewährleistet, es kann der Filz bei Entscheidungen offen gelegt werden.
- Das „cui bono“ muss eine Grundfrage sein, die sich jede Politikerin zu stellen hat; wem ein Budget in erster Linie nützt, ist also höchst bedeutsam für die Analyse des Staatshandelns und vor allem für die daraus folgenden Entscheidungen

Angewandt auf die europäische Ebene:

Es muss bewusst sein, dass nur etwa ein Prozent des nationalen Budgets auf europäischer Ebene verhandelt wird, davon sind ein enormer Teil gebundene Gelder und Ausgaben (LW). Dazu ist vor allem die Sozialpolitik in fast ausschließlicher Kompetenz der Mitgliedsstaaten, spezifische Fördermaßnahmen – mit der Pflicht zur Mitfinanzierung durch die Mitgliedsstaaten – kommen dazu.

Trotzdem ist auch in diesem eher geringen Teil der Ausgaben ein GB geboten, da schließlich die Geschlechtergerechtigkeit auch in den Verträgen verankert ist. Die EU hat im Gefolge eines öffentlichen Hearings im Jahr 2003 schon **Studien** in die Wege geleitet, die die **Strukturfonds** untersuchen sollten. (Dies war eine Initiative von Kommissarin Schreyer). Diese liegen allerdings noch nicht vor. Ein weiterer Impuls sollte auch aus einem **Europäischen Institut für Equality** kommen.

Gegenwärtig haben wir allerdings mit einem **Rückfall in das Denken der sechziger Jahre** zu kämpfen. In Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation versucht man derzeit, in den Strategien der Nachkriegszeit das europäische Heil zu finden. Soll heißen: Förderung der Infrastruktur – nur „hardware“ (Bahnen, Strassen,) Glorifizierung der Wachstumsidee, ein Trend zum Neokonservatismus.

Ein gewisses Hindernis bei der Analyse des EU-Budgets in Sachen Gender stellt die hohe **Abstraktheit** dar. Während man bei einem Vergleich des Sportbudgets auf lokaler Ebene sehr augenscheinlich den unterschiedlichen Nutzen für Männer und Frauen anschaulich machen kann, ist das **bei großen Summen unter abstrakten** Titeln (abgefasst in *Eurosprech*) schon viel schwerer – und damit auch weniger motivierend. Wir stehen inhaltlich auch vor den gleichen Fragen wie alle Entscheidungsebenen – wie etwa bei der Bewertung unbezahlter (Frauen)Arbeit, beim Pensionsrecht, etc.

Dennoch ist das Anliegen auch auf europäischer Ebene durchzusetzen. Ein Schritt in eine ähnliche Richtung wurde **in den Ausschüssen des EP** schon getan: jeder Ausschuss hat eine Person zu benennen, die die behandelten Anträge auch in Sachen **Gender Mainstreaming** analysieren sollte. Aber: Bsp. Verkehrs-ausschuss: leider wurde schnell eine Konservative nominiert, die sich kaum zu Wort meldet, als ich mein Interesse dafür bekundet hatte.

6.7 Summary of Discussions with the audience

The discussion following the statements of the discussants clearly showed that there is a lack of concrete steps, incentives respective sanctions at the EU level to implement Gender Budgeting. The representative from the Commission explained this by a lack of competence. This defensive stand was intensely contested by the audience by referring to other policy areas where by means of open methods of coordination quite some progress is achieved.

As for Austria, SC Steger announced strategic implementation of Gender Budgeting as of 2011 in combination with the requirement to implement performance oriented budgeting. It is necessary to build up knowledge and experience on Gender Budgeting in the administration. According to him, in the course of the discussions around the reform of the legal stipulations concerning the federal budget political pressure to introduce Gender Budgeting has been build up. Several voices from the audience called for an immediate implementation strategy for introducing the systematic application of Gender Budgeting in the shorter run, which is both possible and necessary.

The discussions revealed that there is still little understanding about the emancipatory potential of Gender Budgeting among politicians and public administration. Proposals by discussants, like Diane Elson's contribution underlining the importance of identifying gender specific targets and benchmarks (e.g. gender wage gap, gender based violence) in order to focus on progress and the proposal on scorecards to evaluate Gender Budgeting projects were not taken into consideration by the officials. Equally, Christa Schlager's view on changing framework conditions at the European level which imply counterproductive developments for emancipatory, transparent and democratic budgetary policies, did not get adequate attention.